



ROTER BRIEF

MÄRZ 2022

Liebe Leserin, lieber Leser,

noch immer müssen wir mitansehen, wie Krieg in der Ukraine geführt wird. Das Leid der Menschen vor Ort und auch der Geflüchteten schockiert uns zutiefst. Gleichzeitig berührt uns die riesige Welle der Hilfsbereitschaft hier in Oldenburg, in ganz Niedersachsen, Deutschland und unseren Nachbarländern.

Auf Seite 2 finden Sie nähere Informationen sowie eine Hotline der Landesaufnahmebehörde zu Hilfsangeboten, aufenthaltsrechtlichen Fragen, Unterbringung, Sozialleistungen und medizinischer Versorgung sowie die Hilfsangebote und Informationen der Stadt Oldenburg - auch hier gibt es eine Hotline.

Außerdem informieren wir Sie in diesem Zusammenhang über die Flexibilisierungsoffensive des Kultusministeriums in Kindertageseinrichtungen und Schulen (auf Seite 3).

Im Landtag haben wir die Modernisierung der Ausbildung von Jurist*innen thematisiert sowie die Unterstützung zu Unrecht Verurteilter bei der Wiedereingliederung gefordert - wie schon im Februar-Brief berichtet. Mehr zu beiden Themen lesen Sie auf Seite 5.

Die Enquetekommission "Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern" hat seine Arbeit beendet.

Mehr darüber, wofür diese Kommission eingesetzt wurde und was überhaupt eine Enquetekommission ist, können Sie auf Seite 6 nachlesen.

Jörg Kowolik, der 1. Vorsitzende des Landesverbandes Theaterpädagogik, hat Anfang März zu einem Pressegespräch ins Internationale Jugendprojektehaus "Weiße Rose 1" eingeladen. Mehr zu den Hintergründen und das aktuelle Projekt erfahren Sie auf Seite 9.

Mit Blick auf die derzeit hohen Infektionszahlen bitten wir Sie - auch wenn an diesem Wochenende viele Maßnahmen in Bezug auf die Corona-Pandemie wegfallen - weiterhin um Vorsicht.

Schützen Sie sich und Ihre Mitmenschen.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen schöne Ostertage im Kreise Ihrer Lieben.

Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße



Jörg Kowolik *Ulrich Prange*

IN DIESER AUSGABE

Zukunftstag im Landtag. Seite 7

Corona - Vorgehen bei Symptomen.
Seite 8

+++ HINWEIS LANDTAGSFAHRTEN +++

Die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlauben uns eine Wiederaufnahme der Landtagsfahrten - vorerst bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause (11. Juli 2022). Melden Sie sich bei Interesse gern in unseren Büros. Unsere Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.

UKRAINE

Solidarität mit der Ukraine - Hotline in Hannover und Oldenburg

Ukraine – allgemeine Informationen und häufig gestellte Fragen finden Sie auf den Seiten des Niedersächsischen Innenministeriums - **MI Niedersachsen**.

Das Auswärtige Amt hat eine Krisenhotline geschaltet unter +49 (0) 30/5000 3000.

Darüber hinaus gibt es zu Hilfsangeboten, aufenthaltsrechtlichen Fragen, Unterbringung, Sozialleistungen und medizinischer Versorgung eine

Hotline der Landesaufnahmebehörde

0511 - 7282 282

Montag bis Donnerstag von 09:00 Uhr - 15:30 Uhr

Freitag von 09:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Die Mitarbeiter*innen der Hotline sind auch per E-Mail zu erreichen unter: service-ukraineanfragen@lab.niedersachsen.de

Auf den Seiten der Stadt Oldenburg finden Sie ebenfalls eine Informationsseite zur Ukraine-Krise.

Dort finden Sie neben Unterbringungsmöglichkeiten Informationen für ukrainische Schulkinder sowie weitere Fragen und Antworten, außerdem Informationen in ukrainischer Sprache.

Stadt Oldenburg/Ukraine-Krise

Informationen zum Thema Ukraine-Hilfe gibt es bei der Stadt Oldenburg auch unter der **Hotline-Nummer 0441 235-4564**.

**STAND WITH
SAY NO TO WAR
UKRAINE**

UKRAINE

Flexibilisierungsoffensive in Kindertageseinrichtungen und Schulen

Mit einer Flexibilisierungsoffensive im Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Schulen geht das Niedersächsische Kultusministerium einen weiteren Schritt im Krisenmanagement rund um die Auswirkungen des Kriegs gegen die Ukraine.

So erhalten die Kita-Träger einen umfassenden Instrumentenkoffer, um unbürokratisch zusätzliche Angebote der Kindertagesbetreuung für geflüchtete Kinder zu schaffen. Unter anderem soll es möglich sein, ein Kind mehr pro Gruppe aufzunehmen, als es der Fachkraft-Kind-Schlüssel normalerweise vorsieht (+1-Kind-Regelung). Zudem werden Betriebserlaubnisse für neue Einrichtungen oder Gruppen ohne weitere Prüfung genehmigt, ebenso die Abweichung von räumlichen Standards. Diese Maßnahmen sind vorerst befristet bis zum Ende des Kindergartenjahres am 31.07.2022.

Auch bei der Einstellung ukrainischen Personals für die frühkindliche Bildung werden Verwaltungsverfahren verschlankt und beschleunigt. Für die Kindertagesbetreuung einschlägig qualifizierte Fachkräfte werden übergangsweise per Allgemeinverfügung für eine Tätigkeit als Regelkraft zugelassen. Deutschkenntnisse und Führungszeugnis als Einstellungsvoraussetzung beispielsweise können im Gültigkeitszeitraum der Allgemeinverfügung innerhalb eines Jahres nachgereicht werden.

Für die frühkindliche Bildung und den Schulbereich gilt laut Tonne: „Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um die Kitas und die Schulen auch mit zusätzlichen Ressourcen zu unterstützen.“

Für die niedersächsischen Schulen hat das Kultusministerium ein weiteres Informationspaket aufgelegt, das insbesondere die flexiblen Möglichkeiten der Beschulung neu aus der Ukraine hinzugekommener Schüler*innen aufzeigt. Kultusminister Tonne: „Auch die Schulen sind am Rande der Leistungsfähigkeit

angelangt, das sollten sich alle vor Augen halten und die Erwartungshaltung an das System Schule entsprechend realistisch justieren. In dieser ungeahnten Notlage wird Beschulung und Unterricht nicht wie gewohnt möglich sein. Das gilt umso mehr, je höher die Zahlen der Kinder und Jugendlichen, die zu uns kommen, steigen. Daher haben die Schulen sehr viel Beinfreiheit, um die Lage zu bewältigen und den ukrainischen Kindern und Jugendlichen Struktur und Sicherheit, Bildung und soziale Kontakte zu ermöglichen.

Für die unglaubliche Leistungsbereitschaft und Empathie, die ich bei der Aufnahme in den Schulen erlebe, bin ich sehr dankbar.“ so Minister Tonne.

Es gibt neue Registrierungsmöglichkeiten für personelle Unterstützung. Konkret geht es um die Bewerbung von pensionierten Lehrkräften und Studierenden sowie ukrainischen Fachkräften mit pädagogischer Ausbildung. Auf dem Einstellungsportal des Kultusministeriums sind für Pensionierte und Studierende eine Unterseite eingerichtet worden, ebenso wie für die pädagogischen Fachkräfte aus der Ukraine eine entsprechende Plattform eingerichtet wurde. Die Unterstützungsstrukturen aus dem Bereich der Sprachförderung – Sprachbildungszentren, Diagnoseverfahren, Themenportal Sprachbildung und Interkulturelle Bildung – stehen den Schulen zur Verfügung.

Einstellungsportal des Kultusministeriums (für Pensionierte und Studierende)

Plattform für pädagogische Fachkräfte aus der Ukraine



AUS DEM LANDTAG

Plenum vom 22. bis 24. März 2022

Sichere und bezahlbare Gasversorgung in Niedersachsen, Deutschland und Europa.

Der weiter andauernde Krieg in der Ukraine hat vielfältige Auswirkungen in Europa zur Folge. In Deutschland wurde durch den völkerrechtswidrigen Angriff der Russischen Föderation eine intensive Diskussion um die Energie- und Gasversorgung ausgelöst: Die Versorgungssicherheit ist nicht mehr wie in Friedenszeiten gegeben, und die Energiepreise steigen rasant. Nach Auffassung von Experten in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft muss es daher zu einem noch stärkeren Umdenken in der Energiepolitik kommen.

Den Öffentlichen Gesundheitsdienst als unverzichtbare Säule des niedersächsischen Gesundheitswesens nachhaltig stärken!

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) hat durch seine hohe Leistungsbereitschaft und seine professionelle Arbeit während der COVID-19-Pandemie große Anerkennung in der Öffentlichkeit, der Politik und der Fachwelt erfahren. Mit hohem persönlichem Engagement tragen die Beschäftigten in den Gesundheitsämtern gegenwärtig dazu bei, dass es nicht zu einer Überforderung des Gesundheitssystems gekommen ist und kommt. Die Einbindung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in die Einheitsverwaltung ermöglicht, den vorher nicht absehbaren Herausforderungen durch massive kurzfristige Personalverstärkung zu begegnen. Politik und Gesellschaft bekommen durch die zentrale Rolle der Gesundheitsämter in der Infektionsnachverfolgung sehr deutlich vor Augen geführt, wie dringend die nachhaltige Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes geboten ist.

Flächenverbrauch reduzieren - Industriebrachen, Brachen und „Schrottimmobilien“ reaktivieren, Nachverdichtung stärken - Chancen nutzen für eine zukunftsfeste Stadt- und Regionalentwicklung.

Die Nachfrage nach Baugrund und Gewerbeflächen ist in Niedersachsen ungebrochen hoch. Wohnraumknappheit und der Wunsch nach Neuansiedlungen von Gewerbetreibenden führen zu einer Ausweisung von Flächen „auf der grünen Wiese“ und reduzieren damit natürliche bzw. naturnahe Flächen und vernichten Acker- und Grünland, welches der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten sein sollte. Auf der anderen Seite gibt es in vielen niedersächsischen Kommunen Industriebrachen, andere Brachflächen und sogenannte „Schrottimmobilien“, die teilweise im innerstädtischen Bereich liegen und ungenutzt bleiben, obwohl hier Wohnraum, Gewerbeflächen oder innerstädtische Quartiere zum „Leben und Arbeiten“ errichtet werden könnten. Ein häufiger Grund für die Nichtinanspruchnahme dieser Brachen sind die teilweise hohen Kosten für die Altlastenbeseitigung und den Abriss. Es ist daher für Investoren günstiger, ein Neubau- oder Gewerbegebiet auf der „grünen Wiese“ zu entwickeln, da sich hier die Quadratmeterpreise nicht um die erheblichen Kosten für die Altlastenbeseitigung und Abriss erhöhen. Hier ist ein Ausgleich zu schaffen.

Nähere Informationen und weitere Themen des Plenums finden Sie hier - **auf den Seiten des Niedersächsischen Landtags.**



AUS DEM LANDTAG

Ausbildung von Jurist*innen modernisieren

Gut ausgebildete Jurist*innen in Niedersachsens Gerichten, Kanzleien und Verwaltungen sind das Rückgrat unseres Rechtsstaats. Um auch in Zukunft eine zeitgemäße juristische Ausbildung sicherzustellen, will die SPD-Fraktion das entsprechende Gesetz modernisieren.

Angehenden Jurist*innen soll es zukünftig ermöglicht werden, ihr Referendariat auch in Teilzeit zu absolvieren.

"Wir wollen den meist jungen Menschen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Gleichstellung leisten." so Ulf Prange, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Ein weiterer Aspekt der Novellierung liegt im Jura-Studium. "Die Studierenden sollen sich noch stärker mit den Unrechtssystemen im Nationalsozialismus und in der DDR auseinandersetzen." Ulf Prange dazu: "Wir wollen damit für die historischen Mechanismen sensibilisieren und die künftigen Richter*innen, Anwälte und Verwaltungsmitarbeitenden resilienter gegen einen möglichen Missbrauch der Justiz machen".



*Rechtspolitischer Austausch zum Verwaltungsverfahrensrecht und Verwaltungsprozessrecht mit Expert*innen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist*innen (ASJ)*

Prange: Zu Unrecht Verurteilte bei Wiedereingliederung unterstützen

Für ein Verbrechen verurteilt werden, das man nicht begangen hat: Diese Vorstellung ist wohl für die allermeisten Menschen ein schrecklicher Gedanke. Trotz aller Sorgfalt der Gerichte kann es zu solchen Justizirrtümern kommen, denn Recht wird von Menschen über Menschen gesprochen, und Menschen machen Fehler.

„Wird ein Mensch zu Unrecht inhaftiert, muss der Staat eine Entschädigung zahlen. 2020 wurde – auch auf Betreiben Niedersachsens – die bundesweite Entschädigungspauschale auf 75 Euro pro Hafttag verdreifacht“, berichtet Ulf Prange, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Darüber hinaus gibt es – anders als bei verurteilten Straftätern – für nachträglich freigesprochene Menschen keine hinreichende Unterstützung zur Wiedereingliederung. Die Betroffenen werden sozusagen von heute auf morgen vor die Gefängnistür gesetzt.“

„Das drängendste Problem für die Betroffenen ist es, unbürokratisch und effektiv Unterstützung – etwa bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche – zu erhalten. Den Anlaufstellen der Straffälligenhilfe kommt aus unserer Sicht eine besondere Bedeutung zu. Sie sollen ihre Unterstützungsangebote auch zu Unrecht Verurteilten zugänglich machen und ggf. zusätzliche Angebote für die Betroffenen entwickeln“, erklärt der SPD-Rechtsexperte. „Ferner sollen die Haftentlassung anordnenden Gerichte als Schnittstelle zwischen den Betroffenen und den Anlaufstellen wirken. Schließlich werden wir ein amtliches Bestätigungsschreiben über den nachträglichen Freispruch einführen, das den Betroffenen die Wiedereingliederung erleichtern soll. Bisher haben die Betroffenen lediglich das Urteil des Wiederaufnahmeverfahrens als Nachweis.“



AUS DEM LANDTAG

Enquetekommission Ehrenamt legt Abschlussbericht vor

Die Enquetekommission "Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement verbessern" hat ihre Arbeit beendet und den Abschlussbericht der Landtagspräsidentin, Frau Dr. Andretta, übergeben.

Die Kommission wurde eingesetzt, um die "Rahmenbedingungen für das vielfältige Engagement in Niedersachsen zu verbessern und an die technischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen."

18 Monate tagte die Kommission. In 38 arbeitsreichen Sitzungen wurden diverse Sachverständige gehört und über Probleme im ehrenamtlichen Bereich, wie auch Lösungswege diskutiert.

"Ich habe mich sehr gefreut, dass die Fraktion mir die Möglichkeit gegeben hat mich an der Arbeit der Kommission zu beteiligen", dankt Hanna Naber. "Seit meiner Jugend engagiere ich mich ehrenamtlich. Das Ehrenamt ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft und hat eine große Bedeutung. Deshalb ist es richtig, dass wir ehrenamtliche Strukturen, ob groß oder klein, unterstützen und das Ehrenamt attraktiv gestalten."

So soll es mehr digitale Unterstützung geben, eine Entbürokratisierung, sowie Hilfe bei der Einhaltung von Datenschutzvorgaben.

Zudem werden weitere Anreize und Möglichkeiten für Jugendliche geschaffen, beispielsweise durch eine Weiterentwicklung der Jugendleiterkarte (Juleica), Ehrenamt-Praktika, oder durch gezielte Mentoring-Programme.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Ehrenamt ist der Versicherungsschutz. Die Kommission ist sich einig, dass das Land den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche verbessern muss. Deshalb wird das Land den Rahmenvertrag mit der VGH erweitern.

Den Abschlussbericht finden Sie hier:

Drucksache 18/10800

Gut zu wissen: Was ist eine Enquetekommission?

Der Landtag kann neben den ständigen Ausschüssen sogenannte Enquetekommissionen einsetzen. Dies geschieht, um beispielsweise umfangreiche und komplizierte Sachverhalte in Gänze zu betrachten. Eine Besonderheit dabei ist, dass nicht nur Abgeordnete des Landtags Mitglieder der Kommission sind, sondern auch externe Sachverständige. Bei der Einsetzung legt der Landtag den Auftrag der Kommission fest und wann die Arbeit beendet sein soll.



*Archivbild:
Hanna Naber und
Ulf Prange im Herbst 2018
zu Besuch bei einem Einsatz
der Johanniter Unfallhilfe -
und weiteren gemein-
nützigen Einrichtungen -, um
stellvertretend allen
Ehrenamtlichen Danke zu
sagen für die wichtige und
wertvolle Arbeit.*



AUS HANNOVER

Zukunftstag in Hannover

Hanna Naber und Ulf Prange laden Schüler*innen aus Oldenburg zur Teilnahme am diesjährigen „Zukunftstag“ der SPD-Fraktion in den Niedersächsischen Landtag ein.

Der Zukunftstag findet in diesem Jahr am Donnerstag, 28. April 2022 statt.

Teilnehmende Schüler*innen können für diesen Termin von der Schule freigestellt werden und sind versichert.

„Wir freuen uns, die Jungen und Mädchen nach den langen Pandemie-Monaten endlich wieder vor Ort begrüßen zu können und ihnen spannende Einblicke in die Arbeit eines Parlaments zu geben“, erklärt Hanna Naber.

„Um die demokratischen Entscheidungsprozesse hautnah erlebbar zu machen, organisieren wir für den Zukunftstag ein spannendes Planspiel. Vom Verfassen eines Antrages zu einem frei gewählten Thema und der anschließenden Diskussion in der Fraktion bis hin zur Beratung und Verabschiedung im Plenum können sich die jungen Teilnehmer*innen für einen Tag fühlen wie ein Mitglied des Niedersächsischen Landtages“, so Ulf Prange. Betreut wird das Planspiel von den Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion.

Die Plätze für den Zukunftstag der SPD-Fraktion sind begrenzt. Interessierte Schüler*innen aus Oldenburg melden sich gerne mit



einem kurzen Anschreiben bis zum 7. April 2022 in den Abgeordnetenbüros. Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.

Landtagsfahrt am 28. Juni 2022

Hanna Naber und Ulf Prange freuen sich sehr darüber, wieder Landtagsfahrten anbieten zu können.

Die erste Fahrt für interessierte Bürger*innen findet statt am Dienstag, 28. Juni 2022.

Beginn der Fahrt ist um 09 Uhr in Oldenburg, die Rückfahrt aus Hannover ist für ca. 19 Uhr geplant.

Vorrang gewähren wir Teilnehmer*innen, die bisher noch nicht an einer Landtagsfahrt teilgenommen haben.

Bei Interesse an der Fahrt melden Sie sich gern in unseren Büros. Die Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite.

Sie erhalten dann einen Ablaufplan des Tages sowie weitere Informationen.



Archivbild: Landtagsfahrt mit Oldenburger Bürger*innen

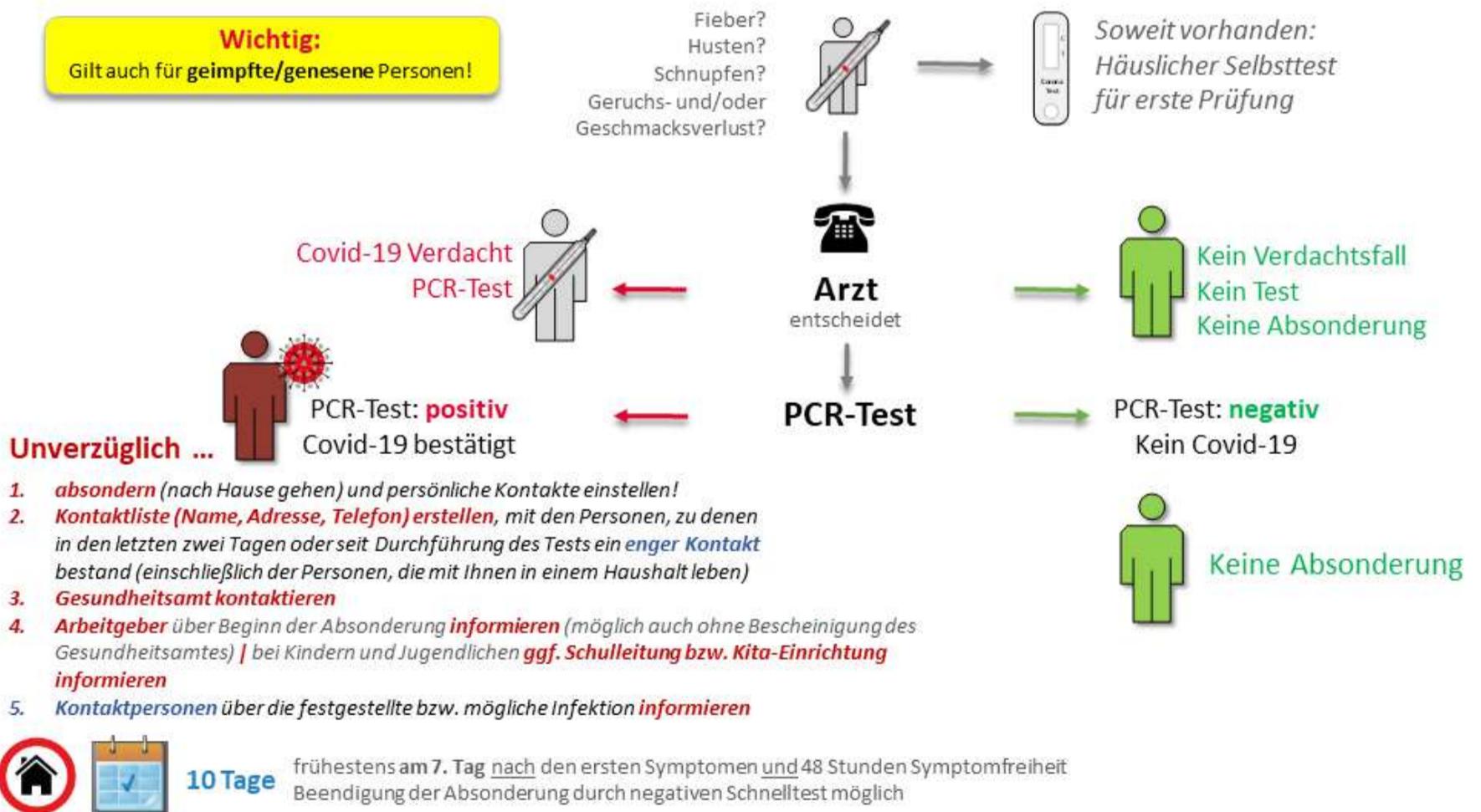
CORONA-INFOS

Vorgehen bei Symptomen bzw. positivem Selbsttest

Niedersächsische Corona-Absonderungsverordnung – kompakt –
www.niedersachsen.de/coronavirus/

 Niedersachsen. Impft. Klar.

Was mache ich bei Symptomen?



(Stand: 15.01.2022) Hinweis: Es handelt sich hierbei um eine vereinfachte Übersicht der Regelungen – es gilt ungeachtet dieser Darstellung die gültige Niedersächsische Corona-Absonderungsverordnung gültig ab 15.01.2022

Nähere Informationen und weitere Übersichten finden Sie auf www.niedersachsen.de.



FÜR OLDENBURG

Pressegespräch anlässlich Förderung Theaterpädagogik

Am Freitag, 04.03.2022, lud der Verein Jugendkulturarbeit zur Pressekonferenz ins „Internationale Jugendprojektehaus“ - Weiße Rose 1 ein, um sich gemeinsam mit dem 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Theaterpädagogik, Jörg Kowollik, dem Geschäftsführer Andreas Bentrup aus Hildesheim und Hanna Naber, Ulf Prange und Esther Niewerth-Baumann (CDU) über das Projekt: „TRANSFORMATIONEN - Theaterpädagogik in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen 2022/23“ auszutauschen.

Der Landesverband Theaterpädagogik Niedersachsen (LaT) erhält für die Jahre 2022 und 2023 insgesamt 500.000 Euro als Fördermittel für den Ausbau von theaterpädagogischen Strukturen und für Theaterprojekte vom Land Niedersachsen. Der Landesverband Theaterpädagogik vertritt derzeit mit seinen 46 Einzelmitgliedern und 21 Mitgliedsorganisationen, ca. 300 Theaterpädagog*innen in Niedersachsen. Die von den Mitgliedern organisierten ca. 6000 Veranstaltungen mit ca. 110.000 Teilnehmer*innen spiegeln die ganze Bandbreite der theaterpädagogischen Handlungsfelder in Niedersachsen wider (www.lat-niedersachsen.de).

Eine Geschäftsstelle des Landesverbandes Theaterpädagogik Niedersachsen ist seit 2010 im „Internationalen Jugendprojektehaus - Weiße Rose 1“ des Vereins Jugendkulturarbeit in Oldenburg angesiedelt. Nun hat Jörg Kowollik, der dem Verband als 1. Vorsitzender vorsteht und der als Geschäftsleiter des Theaterpädagogischen Zentrums (TPZ) Oldenburg zum Geschäftsleitungsteam des Jugendkulturarbeit e.V. gehört, über die lokalen Landtagsabgeordneten Hanna Naber, Ulf Prange und Esther Niewerth-Baumann, gute Nachrichten erhalten: Der Landesverband Theaterpädagogik wird aus Landesmitteln für die Jahre 2022 und 2023 insgesamt 500.000,- € erhalten, um das Projekt: „TRANSFORMATIONEN -

Theaterpädagogik in gesellschaftlichen Wandlungsprozessen“ durchzuführen.

Das Projekt wird sowohl durch die Geschäftsstelle in Oldenburg, als auch durch die zweite Geschäftsstelle in Hildesheim mit dem Geschäftsführer Andreas Bentrup koordiniert. Die Fördergelder ermöglichen es dem Landesverband Theaterpädagogik, zahlreiche dezentrale theaterpädagogische Projekte vor allem im ländlichen Raum Niedersachsens zu initiieren und durchzuführen.

Ein Schwerpunkt der Projektarbeit wird es sein, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu erkennen, die gesellschaftlichen Transformationsprozesse mittels der Theaterarbeit exemplarisch zu bearbeiten und die Ergebnisse über Fachtreffen mit Kolleg*innen, aber auch mit Landespolitiker*innen und dem Ministerium für Wissenschaft und Kultur zu reflektieren. Ebenso sollen Qualifizierungen für niedersächsische Theaterpädagog*innen und an Theaterpädagogik interessierten jungen Menschen angeboten und die Netzwerkarbeit verstärkt werden.



WIR SIND FÜR SIE DA!



facebook.com/
MdLPrange
hannanaberspd



instagram.com/
prangemdl
hanna_naber

SPD 
LANDTAGSFRAKTION
NIEDERSACHSEN

Bürogemeinschaft Naber & Prange

Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Tel.: 0441 361175-13 / 0441 361175-12

E-Mail: wahlkreisbuero@hanna-naber.de
wahlkreisbuero@ulf-prange.de

Redaktionsschluss: 31. März 2022

Verantwortlich im Sinne des Presserechts
(ViSdP): Hanna Naber & Ulf Prange

Redaktion: Sabine Bohlen, Raphael Heitmann,
Theis Hellmann, Mafalda Nogueira &
Oliver Schwichtenberg